

**Kleine Anfrage der Abgeordneten Klaus Ernst, Fabio De Masi, Jörg Cezanne  
u. a. der Fraktion DIE LINKE  
betr.: „Regulierung von Internet-Vergleichsportalen und Umsetzung der  
Versicherungsvermittler-Richtlinie (IDD)“  
BT-Drucksache: 19/2368**

---

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

namens der Bundesregierung beantworte ich die o. a. Kleine Anfrage wie folgt:

### **Vorbemerkung der Bundesregierung**

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt, allgemein die Transparenz bei Vergleichsportalen zu verbessern, insbesondere hinsichtlich der Bewertungssysteme, der Gewichtung der Ergebnisse, Provisionen, der Marktabdeckung, wirtschaftlichen Verflechtungen sowie hinsichtlich des privaten oder gewerblichen Angebots der verglichenen Leistungen.

Zur Erreichung von mehr Transparenz kommen grundsätzlich in erster Linie entweder Informationspflichten oder Irreführungsverbote in Betracht; weite Teile des bestehenden Rechts sind diesbezüglich europarechtlich geprägt. Soweit es sich insofern im EU-Recht um einen vollharmonisierenden Ansatz handelt, müssen Änderungen auf EU-Ebene erfolgen.

Die Europäische Kommission hat am 11. April 2018 mit der Vorlage verschiedener Richtlinienentwürfe im Rahmen des "New Deal for Consumers" Änderungen auf Ebene des EU-Rechts angestoßen. Deren Ziel ist auch mehr Transparenz bei Online-Plattformen zu erreichen.

---

Selle 2 von 7 Darüber hinaus hat die Europäische Kommission am 26. April 2018 einen Vorschlag zu einer "Verordnung zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten" vorgelegt, der im Innenverhältnis zwischen Plattformbetreibern und gewerblichen Nutzern erhöhte Transparenzanforderungen vorsieht.